

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 25 (1998)
Heft: 5

Artikel: Eidgenössische Wahlen vom 24. Oktober 1999 : es geht um die Ausrichtung der Politik
Autor: Tschanz, Pierre-André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910519>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Es geht um die Ausrichtung der

Grau, langweilig, ohne Überraschung: Diesen Eindruck vermittelt die schweizerische Politik. Und auch die nächsten eidgenössischen Wahlen im Oktober 1999 werden an der politischen Landschaft der Schweiz wohl kaum etwas ändern. Oder doch?

Die vier Regierungsparteien (SP, FDP, CVP und SVP) werden weiterhin mehr als vier Fünftel der Parlamentssitze unter sich aufteilen, die Frauen werden einige zusätzliche Sitze erobern, das Durchschnittsalter der Parlamentarier wird etwas sinken, und die

Pierre-André Tschanz

Schweiz wird das neue Jahrtausend beginnen, wie sie das alte beendet hat. Das politische System der Schweiz beruht nicht auf wechselnden Regierungen, sondern auf Konkordanz. Daher sein Ruf der Eintönigkeit.

Dennoch steht bei den eidgenössischen Parlamentswahlen nicht weniger auf dem Spiel als bei irgendwelchen ausländischen Wahlen. Es geht dabei um den Kurs der Bundespolitik, und zwar weit über die vier Jahre der Legislaturperiode hinaus. Wir tun also gut daran, das Gähnen zu unterdrücken, das uns beim Gedanken an die schweizerische Politik befällt, und uns mit der Sache zu beschäftigen. Wir Schweizerinnen und Schweizer sind nämlich die direkten Akteure der Politik und können unseren Einfluss während der ganzen Legislaturperiode geltend machen.

Vormarsch der Frauen?

Am Abend des 24. Oktobers 1999 wird das Regierungslager seine absolute Mehrheit im Parlament wiederum bestätigt sehen. Daher stehen die Kräfteverteilung und die politischen Strömungen innerhalb dieser vier Parteien im Zentrum des Interesses. Werden die Sozialdemokraten das Ergebnis von 1995 halten können, das ihnen 13 zusätzliche Sitze eingetragen und sie damit zur stärksten Partei gemacht hat? Und wird der konservative Flügel der SVP noch mehr Gewicht erhalten als vor drei Jahren? Und ausserhalb des Regierungslagers? Wird es den Grünen gelingen, das verlorene Terrain zurückzugewinnen? Wird noch Platz bleiben (und

wenn ja, welcher?) für die Freiheitspartei (die ehemalige Autopartei), den Landesring der Unabhängigen oder die Partei der Arbeit?

Wie stark werden die Frauen im neuen Parlament vertreten sein? Seit ihrer Wählbarkeit (1971) haben sie zwar einen ständigen Zuwachs zu verzeichnen, dennoch eroberten sie vor drei Jahren nur 21,5 Prozent der Sitze im Nationalrat. Die Frauenorganisationen werden allmählich ungeduldig und liebäugeln mit einer Quotenregelung.

Zudem erheben die Frauen in den verschiedenen Parteien Anspruch auf Frauenquoten bei den Listenplätzen und auf eine bevorzugte Behandlung während des ganzen Wahlkampfes. Die Stellung der Frauen in Politik und Gesellschaft wird denn auch ein Thema dieser eidgenössischen Wahlen von 1999 sein. Die in Sachen Emanzipation

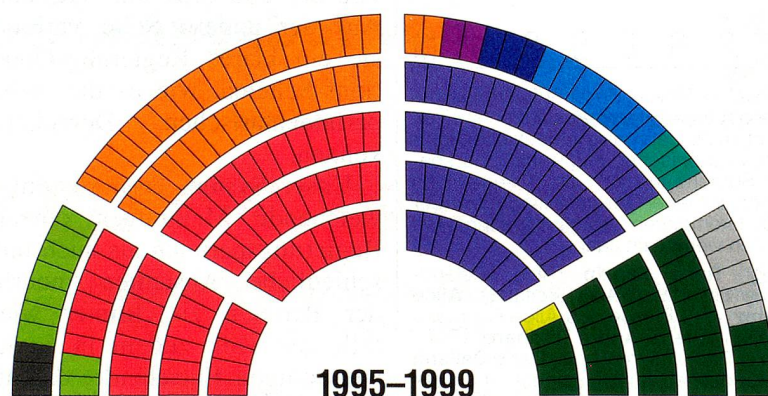
am wenigsten fortschrittlichen Parteien der Rechten werden ihrer weiblichen Wählerschaft einige Konzessionen machen müssen. Denn wer die Wahlen gewinnen will, ist auch auf die Stimmen der Frauen angewiesen.

Doch bei den Auseinandersetzungen zwischen Parteien und Kandidaten werden nicht die Frauenfrage, sondern die grossen klassischen Themen im Mittelpunkt stehen: die Europapolitik, die soziale Frage, die Wirtschaftspolitik, die Sanierung des Bundeshaushalts, die innere Sicherheit, die Verkehrspolitik, das Ansehen und die jüngere Vergangenheit der Schweiz usw.

Wachsende Verflechtungen

Auf all diesen Gebieten erwarten die Schweizerinnen und Schweizer Entscheidungen von grosser Tragweite. In der Aussenpolitik stellt sich die Frage des Beitritts der Schweiz zur Europäischen Union und zur UNO. Im sozialen Bereich geht es darum, das Problem der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung zu lösen: Überprüfung des Rentenalters, neue Finanzierungsquellen

Sitzverteilung im Nationalrat



- | | |
|---------------------------------------|-------------------------------------|
| ■ Freisinnig-Demokratische Partei | ■ Landesring der Unabhängigen |
| ■ Sozialdemokratische Partei | ■ Schweizer Demokraten |
| ■ Christlichdemokratische Volkspartei | ■ Evangelische Volkspartei |
| ■ Schweizerische Volkspartei | ■ Lega dei Ticinesi |
| ■ Grüne Partei | ■ Partei der Arbeit |
| ■ Liberale Partei | ■ Eidgenössisch-Demokratische Union |
| ■ Freiheits-Partei | |

Politik

oder Redimensionierung der sozialen Sicherheit.

Dabei gilt es die wirtschaftliche Lage zu berücksichtigen. Es wird sich zeigen, ob die Massnahmen zur Wiederbelebung, Strukturanpassung und Liberalisierung erfolgreich waren. Die Anstrengungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen fortgesetzt werden, erfordern aber gewisse Retuschen und Korrekturen mit entsprechenden Auswirkungen auf die Sozial-, Regional-, Wirtschafts-, Steuer- und Beschäftigungspolitik. All diese Bereiche sind eng miteinander verflochten, einfache Lösungen gibt es nicht mehr.

Eines der interessantesten und überraschendsten Phänomene der eidgenössischen Wahlen von 1995 war die Stärkung der Regierungsparteien, die ihren Wähleranteil gegenüber 1991 um 4,3 Prozent steigern konnten, nachdem er seit 1979 konstant rückläufig gewesen war. Auf den ersten Blick hat das nichts Spektakuläres. Bei genauerem Hinsehen stellt man aber fest, dass das Zentrum Terrain an die linken und rechten Ränder verloren hat: An die Sozialdemokraten und den sogenannten Blocher-Flügel der SVP.

Sollte sich dieser Trend verstärken, könnte er das Funktionieren unseres Konkordanz-Systems in Frage stellen und eine Reform unserer politischen Institutionen notwendig machen. ■

Einschreibequote: Erwartungen übertroffen

Seit 1975 dürfen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer auf Bundesebene abstimmen und wählen, seit 1992 auf dem Korrespondenzweg. Seither ist die Zahl derjenigen, die sich in die Stimmregister einer Schweizer Gemeinde haben eintragen lassen, von rund 14 000 auf über 66 000 angestiegen. Zum Vergleich: Neun Kantone haben weniger Stimmberechtigte, ebenso Lausanne, die fünftgrösste Schweizer Stadt. Rund 15 Prozent aller Auslandschweizer im stimmberechtigten Alter sind eingetragen. Dies übertrifft die Erwartungen des Bundesrates, der vor der Einführung des brieflichen Stimm- und Wahlrechts von einer Einschreibequote von zehn Prozent ausgegangen war.

RL

Wählen und gewählt werden

Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer können nicht nur an eidgenössischen Wahlen teilnehmen, sie können auch selber gewählt werden. Am einfachsten geht es, wenn sie von einer Partei auf eine Liste gesetzt werden. Sie können jedoch auch eine eigene Liste einreichen. Diese darf nicht mehr Namen umfassen, als der entsprechende Kanton Sitze im Nationalrat hat. Jede Liste muss von einer bestimmten Anzahl Wahlberechtigten mit Wohnsitz im selben Kanton unterzeichnet sein (100 bis 400, je nach Sitzzahl des Kantons). Jeder Kanton bestimmt ausserdem einen Montag zwischen dem 1. August und 30. September 1999 als Wahlmeldeschluss, bis zu dem gültige Wahlvorschläge eintreffen müssen.

Zurzeit wird über eine Quotenregelung diskutiert, die beiden Geschlechtern einen Mindestanteil an Plätzen auf jeder Liste garantieren würde. Bei Redaktionsschluss stand noch nicht fest, ob diesbezügliche Entscheidungen vor den Wahlen '99 fallen.

RL

Die politischen Rechte der Auslandschweizer

Wahlverhalten: kaum Unterschiede

Auch Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer können stimmen und wählen. Gut 66 000 haben sich angemeldet.

Hier ein zweiter Sitz für die Grünen, da ein bisschen mehr Stimmen für die CVP und dort ein Mandat für «Renaissance Schweiz-Europa». So hätte es 1995 in den Kantonen Luzern, Genf und Waadt ausgesehen, wenn nur die Wahlzettel aus dem Ausland gezählt worden wären. Insgesamt waren die Abweichungen zu den Gesamtergebnissen jedoch gering. Auch wenn es sich nur um eine Stichprobe aus drei von 26 Kantonen handelt, liegt der Schluss nahe, dass Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer nicht viel anders wählen als «wir alle».

Vor drei Jahren konnten die Stimm- und Wahlberechtigten im Ausland erstmals brieflich an eidgenössischen Wahlen teilnehmen. Genauer gesagt an den Nationalratswahlen, denn das Korrespondenzstimm- und -wahlrecht gilt grundsätzlich bloss auf Bundesebene. In den Kantonen Baselland, Bern, Genf, Jura, Solothurn und Tessin (nur bei Tessiner Heimatort) können sie auch bei den Ständeratswahlen mittun, weil die dortigen Bestimmungen die politische Mitsprache auf kantonaler Ebene vorsehen.

Die sogenannte Fünfte Schweiz kann heute ein beachtliches Stimmpotential in die Waagschale legen (siehe Kasten), insbesondere wenn Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer von einer

Abstimmungsvorlage direkt betroffen sind. Die Teilnahme an Urnengängen in der Schweiz ist für sie allerdings aufwendiger als für Inlandschweizer. Zunächst müssen sie sich für die Ausübung der politischen Rechte anmelden und diese Anmeldung alle vier Jahre erneuern. Schwieriger ist zudem die Informationsbeschaffung, vor allem in weiter entfernten Ländern oder in Regionen, in denen die Postzustellung schlecht funktioniert. Und schliesslich bergen die knappen Versandfristen die Gefahr, dass die politischen Rechte gar nicht wahrgenommen werden können.

Diese Probleme treten bei Wahlen in verstärktem Mass auf. Zum einen sind die gesetzlichen Minimalfristen für den Versand der Unterlagen noch kürzer. Zum andern gilt es sich nicht nur einen Überblick über unzählige Kandidatinnen und Kandidaten zu verschaffen, sondern auch über eine Parteienlandschaft, die sich von Kanton zu Kanton unterschiedlich präsentiert.

Dies hat dazu geführt, dass die Beteiligung der Auslandschweizer an den Wahlen von 1995 ungefähr der gesamtschweizerischen entsprach, während sie bei Abstimmungen in der Regel über dem Durchschnitt liegen dürfte. Genauso wie die Hinweise auf das Wahlverhalten sind diese Angaben jedoch mit Vorsicht zu geniessen, denn sie beruhen auf Stichproben in einzelnen Gemeinden oder Kantonen mit zentralem Stimmregister für Auslandschweizer. Der Grossteil der Stimm- und Wahlzettel aus dem Ausland verschwindet im allgemeinen Topf aller abgegebenen Stimmen.

René Lenzin ■